

Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW

Rechte von geflüchteten Kindern und Jugendlichen endlich umsetzen!

Appell der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge

Alle Kinder und Jugendliche, die in Deutschland leben haben die gleichen Rechte, ungeachtet ihrer Herkunft, Staatsangehörigkeit oder ihres Aufenthaltsstatus. Die UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 1992 gilt, garantiert jedem Kind uneingeschränkt Förder-, Schutz- und Beteiligungsrechte. Artikel 22 der Konvention bezieht sich explizit auf geflüchtete Kinder und Jugendliche und verweist auf die Verpflichtung der Wahrnehmung der Rechte und einen angemessenen Schutz.

Auch 2020 mussten wir feststellen, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche immer noch zu lange in Unterbringungseinrichtungen verweilen mussten, die alles andere als kindgerechte Orte sind. Unicef und das Deutsche Institut für Menschenrechte veröffentlichten kürzlich die Studienergebnisse einer kinderrechtlichen Analyse in Deutschland mit dem Titel "Gewaltschutz in Unterkünften für geflüchtete Menschen". Die Studie zeigt u.a., dass die Kinder- und Jugendhilfe in Sammelunterkünften oft erst bei akuter Kindeswohlgefährdung greift. Zudem gibt es für traumatisierte Kinder oft keine angemessene Unterstützung. Die Herausgeber*innen der Studie sprechen sich ebenfalls für einen künftigen Rechtsanspruch von Kindern und ihren Familien auf eine dezentrale Unterbringung in den Kommunen sowie für eine deutliche Verkürzung der Höchstverweildauer in Aufnahmeeinrichtungen aus.

Auch das Recht auf Bildung und damit verbunden der Schulbesuch wird Kindern und Jugendlichen in Landesunterkünften vorenthalten. Für 2020 wurde vom Land NRW ein schulnahes Angebot in Unterbringungseinrichtungen angekündigt. Ende 2020 stand lediglich in knapp einem Drittel der Zentralen Unterbringungseinrichtungen Kindern und Jugendlichen ein schulnahes Bildungsangebot zur Verfügung. Das ist eindeutig zu wenig. Die Bildungsvorhaben des Landes NRW wurden nur marginal umgesetzt. Ein „weiter so“ auch in 2021, darf es nicht mehr geben! Vorhaben alleine reichen nicht, die Umsetzung in die Praxis muss endlich erfolgen!

c/o
Ahmet Edis
Paritätisches Jugendwerk NRW
Marsilstein 4-6
50676 Köln
Tel: 0221 - 9515 42 52
Fax: 0221 - 9515 42 42
edis@paritaet-nrw.org

Die Mitgliedsorganisationen:

Arbeitsgemeinschaft der
evangelischen Jugend in NRW

Arbeitsgemeinschaft Offene Türen NRW
e.V.

Bund der Deutschen
Katholischen Jugend NRW e.V.

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband NRW e.V.

Diözesancaritasverbände in NRW

Jugendliche ohne Grenzen NRW (JOG)

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft
Jugendsozialarbeit NRW

Landesjugendring
Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvereinigung Kulturelle
Jugendarbeit NRW e.V.

Paritätisches Jugendwerk NRW



Daher fordert die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge NRW:

- Die Sicherstellung und Durchsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes NRW, dazu gehören das Recht auf Schutz vor Gewalt und Zugang zu frühkindlicher Bildung und Schule.
- Die Landesregierung auf, seine Handlungsspielräume zum Wohle der Kinder und Jugendlichen zu nutzen und den Aufenthalt auf das rechtliche Maß zu verkürzen.
- Die Bundesregierung auf, bundesweite Regelungen zu schaffen, so dass junge Geflüchtete nicht länger als dringend notwendig in Aufnahmeeinrichtungen verbleiben müssen.
- Die NRW-Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu forcieren, um bundeseinheitliche Regelungen endlich zu schaffen.

Köln, den 11.02.2021

Wer ist die Arbeitsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW

Die Arbeitsgemeinschaft Junge Flüchtlinge ist ein Zusammenschluss von landesweiten freien Trägern der Jugend-, Jugendsozial- und Migrationsarbeit. Aus den verschiedenen Trägerorganisationen setzt sich eine Projektgruppe zusammen, die seit der Gründung 1991, verschiedene politische und pädagogische Initiativen unter dem Motto „Komm, wir reißen Zäune ein!“ durchführt.

Jährlich ruft die Gemeinschaft zur Teilhabe von Flüchtlingskindern an Ferienfreizeiten auf und sendet zum Weltkindertag (20. September) einen Appell an die aktuelle Politik für Kinder, Jugendliche und Familien, die vor Krieg, Gewalt und Armut zu uns nach Deutschland geflohen sind. An der Schnittstelle von Politik und Pädagogik setzen sich die Träger der Aktionsgemeinschaft für die Rechte von Flüchtlingskindern ein. Dabei stehen neben kontinuierlich bewegten Aspekten immer wieder auch besonders aktuelle Themen, wie zum Beispiel der Themenkomplex um Ausbildung und Beruf sowie die Problematik rassistischer Anfeindungen gegenüber jungen Geflüchteten im Fokus.